

Bundeszentrale für
politische BildungURL: <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/familienpolitik/252591/einstellungen-zur-familienpolitik>

Pfad: Politik | Innenpolitik | Familienpolitik | Familienpolitik in der EU | Einstellungen zur Familienpolitik

EU-Staaten: Einstellungen zur Familienpolitik

Elias Naumann



Elias Naumann, PhD, hat an der Universität Leipzig Soziologie und Volkswirtschaftslehre studiert und anschließend an der Universität Mannheim in Soziologie promoviert. Seit 2014 arbeitet er als Post Doc am Sonderforschungsbereich 884 "Die politische Ökonomie von Reformen" in Mannheim. Seine Forschungsschwerpunkte sind die politische Soziologie, Einstellungsforschung sowie europäische Sozialstaaten und Sozialpolitik.

Elias Naumann

14.9.2017

Die Familienpolitik in Spanien ist eine andere als in Schweden oder auch in Ungarn. Die Ziele unterscheiden sich, ebenso die Maßnahmen. Aber was wünscht sich eigentlich die jeweilige Bevölkerung? Der Soziologe Elias Naumann zeigt, welche Einstellungen und Werte die Gesellschaften in Bezug auf die Familienpolitik teilen – und ob diese von der Politik umgesetzt werden.

Einstellungen und Werte sind in zweifacher Hinsicht gesellschaftlich relevant. Erstens bestimmen sie – neben ganz persönlichen Interessen – das Verhalten von Menschen. Beispielsweise, ob sich ein Paar für Kinder entscheidet. Oder ob Mütter erwerbstätig sind. Zweitens ist die öffentliche Meinung ein wichtiger Faktor im Politikprozess. Denn familienpolitische Maßnahmen sind nur schwer umzusetzen, wenn sie keine Akzeptanz in der Bevölkerung finden.

Eine wichtige Frage ist dabei, ob Einstellungsänderungen einem Politikwechsel vorausgehen und die Politik somit den Wünschen der Bevölkerung folgt. Oder ob politische Reformen durch Eliten sowie Experten durchgeführt werden und die öffentliche Meinung diesen Reformen dann folgen.

Welcher Zusammenhang besteht zwischen politischen Reformen und öffentlicher Meinung?

Die Forschung zu politischen Einstellungen zeigt, dass es eine Kongruenz, also eine Übereinstimmung zwischen Institutionen und Einstellungen gibt. Vereinfacht gesagt bekommt die Bevölkerung eines Landes im Großen und Ganzen den Sozialstaat, den sie möchte; gleichzeitig passen sich Einstellungen mit der Zeit dem bestehenden Sozialstaat an. In Ländern mit ausgeprägtem Sozialstaat (beispielsweise Schweden) ist die gesellschaftliche Zustimmung zum Sozialstaat entsprechend hoch. Hingegen ist ein Grund für die vergleichsweise geringen Sozialleistungen (zum Beispiel in Großbritannien) eben auch, dass die Bevölkerung weniger Sozialstaat und mehr private Absicherung möchte.

Dabei können zwei Mechanismen unterschieden werden, wie es zu einer solchen Übereinstimmung von öffentlicher Meinung und der Ausgestaltung des Sozialstaates kommt. Zum einen ist es der Grundgedanke jeder Demokratie, dass die Politik den Wählerwillen umsetzt. Entsprechend werden solche Parteien in die Regierung gewählt, deren politisches Programm den Vorstellungen der Mehrheit der Wähler entspricht. Darüber hinaus wird eine bestehende Regierung versuchen ihre Politik so zu gestalten, dass sie damit bei der nächsten Wahl wiedergewählt wird. Zum anderen können Institutionen und politische Reformen die öffentliche Meinung beeinflussen. So setzt etwa eine Familienpolitik, die Erwerbsbeteiligung von Alleinerziehenden und Paarfamilien mit Kindern fördert, ein deutliches Zeichen, dass diese politisch erwünscht ist. Politik kann also Werte und die Wahrnehmung der jeweiligen sozialen Gruppen verändern.

Zudem werden in Verbindung von Reformen zumeist auch finanzielle Ressourcen verteilt, die das Verhalten der jeweiligen Empfänger beeinflussen. So ermöglicht die finanzielle Unterstützung von Eltern und die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen eine zunehmende Erwerbsbeteiligung von jungen Eltern, insbesondere der Mütter. Das wiederum hat Auswirkungen: Eine gesellschaftlich geteilte, positive Erfahrung mit einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Müttern kann positive Rückwirkungen auf die Einstellungen der Bevölkerung zur Erwerbsbeteiligung von Frauen haben.

Mütterbild, Elternzeit und Gleichberechtigung

Dieser Beitrag stellt die Einstellungen der Bevölkerung in verschiedenen EU-Ländern zur Familienpolitik dar. Der Fokus liegt auf zwei aktuellen Themenbereichen: Zum einen wird untersucht, welches Mütterbild in verschiedenen Ländern Europas dominiert und wie dieses mit der tatsächlichen Erwerbsbeteiligung von Müttern zusammenhängt. Wird eine Erwerbsbeteiligung von Müttern eher positiv oder negativ gesehen – und wie hat sich diese Einschätzung über die Zeit verändert? Zum andern wird die Zustimmung zu bezahlter Elternzeit analysiert, die in vielen EU-Ländern ein neues Element der Familienpolitik ist (in Deutschland als Elterngeld bezeichnet). Wie lange sollen nach Meinung der Bevölkerung Eltern nach der Geburt eines Kindes Anspruch auf bezahlten Erziehungsurlaub haben – und inwiefern sollen auch Väter diese Zeit in Anspruch nehmen?

Für die Analyse werden Daten des **International Social Survey Programme** (ISSP) verwendet, das seit 1985 jedes Jahr

Umfragen zu sozialwissenschaftlich relevanten Themen in mittlerweile mehr als 30 Ländern durchführt. In jedem Land werden 1.000 bis 2.500 Befragte zufällig ausgewählt, sodass die Stichprobe repräsentativ für die jeweilige Bevölkerung ist. In diesem Beitrag werden sieben Länder betrachtet, die unterschiedliche Typen der Familienpolitik repräsentieren: Deutschland (DE), Niederlande (NL), Großbritannien (GB), Schweden (SWE), Spanien (ES), die Tschechische Republik (CZ) und Ungarn (HU). Siehe dazu auch den Beitrag "[Familienpolitik in den EU-Staaten](#)".

1. Einstellungen zur Erwerbsbeteiligung von Müttern

Eine wichtige Facette des modernen Mütterbilds ist, wie die Erwerbsbeteiligung von Müttern wahrgenommen wird. Dazu sollten die Befragten auf einer Fünferskala einschätzen, ob ein Kind, das noch zur Schule geht, darunter leiden würde, wenn die Mutter berufstätig ist. In Abbildung 1 bildet der gelbe Balken jeweils die durchschnittliche Meinung zu dieser Aussage in den einzelnen Ländern ab. Hohe Werte bedeuten, dass die Befragten eher keine negativen Auswirkungen durch die Berufstätigkeit der Mutter erwarten; während niedrige Werte eher Zustimmung bedeuten und damit eine kritischere Haltung gegenüber der Berufstätigkeit von Müttern zum Ausdruck bringen. Die Abbildung zeigt die veränderten Einstellungen im Zeitraum 1988 bis 2012.

Generell zeigt sich hier wie erwartet ein positiver Zusammenhang zwischen einer bejahenden Einstellung gegenüber der Erwerbsbeteiligung von Müttern und der tatsächlich beobachteten Praxis auf dem Arbeitsmarkt. In Ländern, in denen Befragte eher keine negativen Auswirkungen einer arbeitenden Mutter für die Kinder erwarten, ist die Erwerbsbeteiligung der Frauen auch entsprechend höher. Das gilt vor allem für Schweden und in Ostdeutschland. Hingegen wird eine arbeitende Mutter in konservativen Ländern wie Spanien oder Westdeutschland in den 1980er- und 1990er-Jahren sowie in osteuropäischen Ländern wie Ungarn deutlich kritischer gesehen. Dies sind auch die Länder mit einer vergleichsweise geringen Erwerbsbeteiligung der Frauen.

Schaut man sich den Wandel dieser Einstellungen über die Zeit an, so ist festzustellen, dass in den meisten Ländern ein Wandel des Mütterbildes stattfindet und die Erwerbsbeteiligung von Müttern zunehmend positiver gesehen wird. Dabei geht dieser Wertewandel einher mit einer zunehmenden Erwerbsbeteiligung der Frauen. Ausnahmen davon sind Ostdeutschland und Schweden, was wahrscheinlich daran liegt, dass dort die Erwerbsbeteiligung der Frauen bereits sehr hoch ist. In Spanien wiederum scheint sich die Haltung, dass eine berufstätige Mutter keine negativen Auswirkungen auf das Kind hat, trotz einer starken Zunahme arbeitender Frauen nur langsam durchzusetzen.

2. Gewünschte Länge der bezahlten Elternzeit

Abbildung 2 macht deutlich, wie lange eine bezahlte Elternzeit aus Sicht der Bevölkerung dauern sollte. Die Länder sind von oben nach unten entsprechend ihrer Zustimmung zu einer relativ langen bezahlten Elternzeit von mehr als zwei Jahren sortiert. Die größte Zustimmung für eine lange bezahlte Elternzeit findet sich in Ungarn sowie in der Tschechischen Republik, wo die Mehrheit der Befragten eine Elternzeit von mehr als zwei Jahren bevorzugt. In Schweden findet eine bezahlte Elternzeit von ein bis zwei Jahren die größte Zustimmung, während in Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien und Spanien ein bis zwölf Monate die am häufigsten bevorzugte Alternative ist. In allen Ländern findet sich lediglich eine recht kleine Gruppe an Befragten, die der Meinung sind, dass es keine bezahlte Elternzeit geben sollte. Dies ist am ehesten in Holland (24 Prozent) und Großbritannien (11 Prozent) der Fall.

Damit zeigt sich, dass im Großen und Ganzen die bestehenden Regelungen mit der von der Bevölkerung gewollten Politik übereinstimmen.^[1] Denn die Zustimmung für eine lange bezahlte Elternzeit ist in den Ländern am größten, die auch vergleichsweise lange bezahlte Elternzeiten erlauben. Als Bezahlung in der Elternzeit gelten hier Elterngeld sowie Mutterschaftsgeld nach der Geburt. Lange bezahlte Elternzeiten bieten Ungarn, die Tschechische Republik (mit jeweils 24 Monaten, davon 6 gut bezahlte Monate mit 70 Prozent des letzten Verdienstes, danach rund 450 Euro monatlich), Schweden (maximal 16 Monate; 80 Prozent des letzten Einkommens für die ersten 12 Monate, danach ein einheitlicher Betrag) oder auch Deutschland (12 bis 14 Monate Elterngeld mit 67 Prozent). Auch in Holland (knapp 2,5 Monate gut bezahlte Elternzeit mit 100 Prozent des letzten Einkommens, danach weitere 6 Monate mit einer Pauschalentlohnung auf dem Level des Mindestlohnes) scheint es eine recht große Übereinstimmung zwischen bestehender Politik und öffentlicher Meinung zu geben. Hingegen deuten die Ergebnisse in Spanien (4,5 Monate gut bezahlte Elternzeit mit 100 Prozent des letzten Einkommens) und Großbritannien (1,5 Monate gut bezahlte Elternzeit von 90 Prozent des letzten Einkommens) daraufhin, dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung in diesen Ländern eher einen Ausbau der recht kurzen (oder gar nicht vorhandenen) bezahlten Elternzeit wünschen.

3. Bevorzugte Aufteilung der Elternzeit zwischen Vater und Mutter

Neben der Länge der bezahlten Elternzeit ist deren Aufteilung zwischen Mutter und Vater Thema der politischen und gesellschaftlichen Debatten. In einigen Ländern (zum Beispiel in Schweden oder Deutschland) ist daher ein Teil der Elternzeit ausschließlich für Väter reserviert. Werden diese Monate nicht von den Vätern in Anspruch genommen, verfallen sie ungenutzt und können nicht auf die Mutter übertragen werden. Doch welche Aufteilung der bezahlten Elternzeit zwischen den Eltern wird in den jeweiligen Ländern bevorzugt?

Abbildung 3 zeigt für jedes Land die bevorzugte Aufteilung der Elternzeit zwischen Vater und Mutter. Die Länder sind sortiert nach der Zustimmung dazu, dass die Mutter die ganze und der Vater keine bezahlte Elternzeit nehmen sollte. Auffallend ist zunächst, dass es kaum Befragte gibt, die der Meinung sind, dass der Vater den größeren Teil der bezahlten Elternzeit nehmen sollte. In den meisten Ländern finden sich sogar überhaupt keine Befragten, die diese Aufteilung befürworten würden. Damit stellt sich letztlich die Aufteilung des Erziehungsurlaubs also als Wahl zwischen einer Gleichverteilung, der teilweisen Einbindung des Vaters und einer alleinigen Verantwortung der Mutter dar. Letztere, ausgesprochen konservative Haltung findet sich vor allem in den osteuropäischen Ländern Ungarn und Tschechien, in denen eine Mehrheit der Befragten (mehr als 60 Prozent) diese Meinung vertreten. Im Gegensatz dazu ist die Mehrheit der Befragten in Schweden sowie beinahe die Hälfte der Befragten in den Niederlanden und in Deutschland für die Gleichverteilung der Elternzeit zwischen Vater und Mutter. In Spanien ist ein recht ausgeglichenes Meinungsbild zu beobachten, in dem jeweils ein Drittel der Befragten eine der drei Aufteilungen der Elternzeit

unterstützt. Gerade am Beispiel Deutschlands zeigt sich, dass in diesem Bereich der Familienpolitik eine deutliche Diskrepanz zwischen den geäußerten Wünschen und der Umsetzung besteht. So wünschen sich in Deutschland fast 50 Prozent der Befragten eine Gleichverteilung der Elternzeit zwischen Vater und Mutter; tatsächlich haben im Jahr 2013 Väter im Durchschnitt 3,1 Monate, Mütter jedoch 11,6 Monate der bezahlten Elternzeit in Anspruch genommen. In Schweden haben Väter im Jahr 2014 etwa 25 Prozent der bezahlten Elternzeit in Anspruch genommen, eine Gleichverteilung wird aber auch in Schweden von der großen Mehrheit der Befragten gewünscht. In dieser Hinsicht scheint also noch ein großer politischer Handlungsbedarf zu bestehen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von Vätern (durch deren stärkere Einbeziehung in die Familie) und Müttern (durch deren stärkere und bessere Einbeziehung in den Arbeitsmarkt) zu verbessern.

Es gibt einen Trend zu mehr Erwerbstätigkeit von Müttern

Grundsätzlich bestätigen diese Befunde die Erwartung, dass die Einstellungen zur Familienpolitik im Großen und Ganzen mit den bestehenden familienpolitischen Regelungen in einzelnen EU-Ländern übereinstimmen. Darüber hinaus belegen die Veränderungen über die Zeit in den meisten Ländern einen Trend zu einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen, der mit einer zunehmend positiven Wahrnehmung von arbeitenden Müttern einhergeht.

Doch ist zu erwarten, dass sich ein solcher Trend in Zukunft fortsetzt? Abschließend sollen zwei Dinge hervorgehoben werden, die einen Ausblick auf zukünftige Entwicklungen der Familienpolitik in den EU-Staaten erlauben können. So legen die Ergebnisse zum einen nahe, dass die öffentliche Meinung in Zukunft auch ein Hindernis für die weitere Entwicklung einer Familienpolitik sein kann, die die Erwerbsbeteiligung von Frauen unterstützt. Zumindest in Teilen der Bevölkerung fast jedes Landes besteht nach wie vor eine Skepsis gegenüber einer Erwerbsbeteiligung von Frauen: Es wird entweder gar keine Erwerbstätigkeit oder eine sehr lange bezahlte Elternzeit gewünscht. Ebenso existieren Bedenken gegenüber der Beteiligung von Vätern an der Erziehungsarbeit. In Bezug auf die Länge der bezahlten Elternzeit und insbesondere für deren Aufteilung zwischen Vätern und Müttern zeigt sich jedoch auch, dass es einen Nachholbedarf der Politik gibt und die aktuelle Politik (noch) nicht den Wünschen der Bevölkerung entspricht.

Fußnoten

1. The International Network on Leave Policies and Research gibt jährlich einen Überblick über die bestehenden Regelungen zu Elternzeit und Elterngeld heraus. Die im Text folgenden Angaben beziehen sich auf: Leave Policies (2012) International Review of Leave Policies and Related Research. Moss P. (2012) International Review of Leave Policies and Research 2012. http://www.leavenetwork.org/fileadmin/Leavenetwork/Annual_reviews/2012_annual_review_october.pdf



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. by-nc-nd/3.0/
Der Name des Autors/Rechteinhabers soll wie folgt genannt werden: by-nc-nd/3.0/
Autor: Elias Naumann für bpb.de
Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich direkt bei den Abbildungen.